

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 21. November 2014

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0388-IM/a/2014

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2486/J betreffend "sinkende Wettbewerbsfähigkeit Österreichs", welche die Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger, Kolleginnen und Kollegen am 24. September 2014 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage:

Zu den großen Stärken des Wirtschaftsstandorts Österreich zählen neben der Qualität der unternehmerischen Tätigkeit eine exzellente Infrastruktur sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Die österreichische Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen bestmöglich zu gestalten. Dies gilt gerade auch dann, wenn es um die Bewältigung aktueller Herausforderungen geht - in diesem Zusammenhang sei das Unterstützungspaket für von Russlandsanktionen betroffenen Unternehmen mit Aufstockung der Internationalisierungs offensive und Erweiterung des Garantieinstrumentariums der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) erwähnt.

Wachstum ist eines der wichtigsten Ziele der österreichischen Wirtschaftspolitik. Die Fortsetzung der Diversifikationsstrategie im Export, die Positionierung Österreichs als attraktiver F&E-Standort, die Belebung des Gründergeistes und die Sicherung des Fachkräftebestandes gelten als zentrale wirtschaftspolitische Maßnahmen auf

nationaler Ebene. Dazu kommt ein klares Bekenntnis zur Vertiefung des Binnenmarktes, von dem Österreich schon bisher in hohem Maße profitiert hat.

Österreich hat in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Maßnahmen gesetzt. Nun gilt es, Rahmenbedingungen für Unternehmen in Österreich und damit die Attraktivität des Standorts Österreich im weltweiten Kontext, aber auch im inner-europäischen Wettbewerb zu fördern und zu verbessern, wobei ein spezifischer Schwerpunkt auf KMUs gelegt wird.

Unternehmen in Österreich sollen als Wertschöpfungs- und Innovationsknotenpunkte gestärkt werden, wovon insbesondere KMUs als Auftragnehmer und Kooperationspartner profitieren. Mit zentralen Komponenten wie Entbürokratisierung, Gründung und Finanzierung soll die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen im internationalen Vergleich verbessert werden.

So wurde dem Thema Unternehmensfinanzierung breiter Raum gewidmet. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist Österreich relativ gut durch die Krise gekommen, die Krise hält noch an. Die aws unterstützte erfolgreich die Finanzierung von Wachstum und Innovation mit zinsgünstigen Krediten, verlorenen oder rückzahlbaren Zuschüssen, Garantien und Beratung. Um die Kreditlastigkeit in der Unternehmensfinanzierung abzuschwächen, wurde mit der Jungunternehmeroffensive (Gründerfonds und Business Angel-Fund) ein Eigenkapitalschwerpunkt gesetzt.

Weiter ist beabsichtigt, das Garantieinstrumentarium auszuweiten und den Zugang zu Garantien attraktiver zu gestalten, die europäischen Finanzinstrumente verstärkt zu nutzen und alternative Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding zu forcieren. Die Weiterentwicklung der nationalen Förderpolitik steht in Österreich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, öffentliche Haushalte zu konsolidieren, im Zeichen von Wirkungssteuerung und konsequenter Programmevaluierung.

Auch bei weiteren Vorhaben des Regierungsprogramms haben die Umsetzungsarbeiten begonnen: Verbesserte Fördervoraussetzungen im Neugründungs-Förderungsgesetz sollen einen schnelleren Zugang nach fünf statt 15 Jahren der letzten unternehmerischen Tätigkeit ermöglichen. Gescheiterte unternehmerische Tätigkeit soll kein formales Ausschlusskriterium für eine Förderzusage sein. Die Online

Gewerbeanmeldung und die One-Stop-Agency in den 90 Gründerservicestellen der WKO werden ausgebaut, um die Eintragung von Neugründungen ins Firmenbuch zu beschleunigen, wobei im Sinne einer Entbürokratisierung die Bürgerkartensignatur anstelle einer Beglaubigung zum Einsatz kommt.

Die österreichische Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm die Formulierung und Umsetzung einer umfassenden "Standortstrategie für (internationale) Leitbetriebe in Österreich" festgeschrieben. Dieses Vorhaben ist eingebettet in das 20 %-Industrialisierungsziel der Europäischen Union bis 2020.

Ziel der Standortstrategie ist es, die Attraktivität Österreichs als Standort auch künftig zu erhalten; sowohl im weltweiten Kontext, als auch im innereuropäischen Wettbewerb. Die Unternehmen in Österreich sollen weiter gestärkt werden und leichter wachsen können, außerdem sollen Anreize für neue Betriebsansiedelungen und Betriebs-erweiterungen in Österreich geschaffen werden. Derzeit liegt Österreich mit einem Industrieanteil von 18,3 % deutlich über dem EU-Durchschnittswert von 15,1.

In Österreich stehen derzeit 33 weltmarktführende Leitbetriebe für eine gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung von € 15 Mrd. und sichern 214.000 Arbeitsplätze. Zudem kooperieren sie mit rund 30.000 KMU-Zulieferern. Das verdeutlicht auch, wie eng Leitbetriebe und KMUs miteinander vernetzt sind und voneinander profitieren. Ein besonders wichtiger Aspekt ist, dass 80 % der Leitbetriebe regelmäßig mit Fachhochschulen und Universitäten kooperieren, die ihre wichtigsten Forschungspartner darstellen. Insgesamt investieren die ausgewählten Leitbetriebe rund € 1,1 Mrd. in Forschung und Entwicklung.

Im Rahmen der Standortstrategie schlagen rund 40 Vorstandsvorsitzende von heimischen Leitbetrieben bzw. ihre Arbeitsgruppen auf Basis einer Bestandsanalyse konkrete Maßnahmen vor, um die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort zu sichern und auszubauen.

Die über hundert in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Vorschläge, deren Bandbreite von der Wissens-, Forschungs- und Innovationsbasis über faire internationale Wettbewerbsbedingungen, etwa bei Klima- und Energiefragen, bis hin zu Finanzierung,

Steuersystem und Fachkräfte-Verfügbarkeit reicht, wurden am 9. Oktober 2014 vorgestellt.

Derzeit erfolgt eine politische und inhaltliche Prüfung und Diskussion der Vorschläge mit Stakeholdern, Bundesländern und Sozialpartnern, um die Umsetzung der Maßnahmen zu diskutieren und nachzuverfolgen. Zur Unterstützung wird ein neues Standortboard eingerichtet werden, dessen Mitglieder aktuelle Chancen und Risiken für den Standort bewerten.

Forschung, Technologie und Innovation (FTI) sind entscheidende Faktoren, um im internationalen Standortwettbewerb erfolgreich zu sein. Mit der FTI-Strategie des Bundes und ihrer Umsetzung hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, Österreich zum "Innovation Leader" zu machen und in die Gruppe der führenden FTI-Nationen Europas zu führen. Zunehmend mehr österreichische Unternehmen sollen sich durch Innovationen technologische oder marktorientierte Wettbewerbsvorteile erarbeiten, um im globalen Wettbewerb in Marktführerpositionen aufzusteigen zu können und damit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Was den im Ranking enthaltenen Bereich "Aus- und Berufsbildung" betrifft, so zählt die in den Zuständigkeitsbereich meines Ressorts fallende Lehrlingsausbildung international zu den Best-Practice-Beispielen. Seit 2008 wird die Kombination der Lehrausbildung mit der Matura finanziell unterstützt. Dadurch konnte die Zahl der Lehrlinge, die sich auf die Ablegung der Matura vorbereiten, kontinuierlich auf derzeit 10% aller Lehrlinge gesteigert werden.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Von einer "ineffizienten Staatsbürokratie" kann nicht die Rede sein. Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung konsequent an weiteren Entlastungen für Unternehmen. Neben den in der Antwort zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage angeführten Beispielen sind Deregulierung, Prozessoptimierung und Beschleunigung der Verwaltungsabläufe sowie Entbürokratisierung laufende Prozesse, an denen die gesamte österreichische Bundesregierung mitwirkt. Im Rahmen der jüngst gestarteten Entbürokratisierungsinitiative meines Ressorts sind rund 400 Vorschläge von Betrieben und Bürgern zu den

Themenbereichen Betriebsanlagenrecht, Beauftragte im Betrieb, Arbeitszeitvorschriften und Aufzeichnungspflichten, Unternehmensförderungen, Kredite und Garantien, Eich- und Vermessungswesen, Normenwesen, Veröffentlichungs- und Meldepflichten, Formpflichten-Reduktion und Service für Lehrbetriebe eingelangt. Diese Vorschläge wurden gesichtet, geclustert und zum Teil der Aufgabenreform- und Deregulierungskommission übermittelt, die von der Bundesregierung vor kurzem eingerichtet wurde, um neue Impulse für Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich zu setzen. Vorschläge, deren Gegenstand in die legistische Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft fällt, werden auf rasche Umsetzbarkeit geprüft. Vorschläge, deren Gegenstand in die legistische Zuständigkeit anderer Ressorts fällt, wurden diesen übermittelt.

Von der im Kompetenzbereich meines Ressorts agierenden staatlichen Betriebsansiedlungsgesellschaft Austrian Business Agency wird berichtet, dass ausländische Investoren die österreichische Verwaltung als sehr effizient bezeichnen. Als positiv werden etwa die Verfahrensdauer von Anlagengenehmigungsverfahren und die Schnelligkeit der Finanzverwaltung hervorgehoben.

Eine Senkung der Abgabenbelastung ist ein vorrangiges Ziel der österreichischen Bundesregierung, die in Entsprechung des auf der Regierungsklausur vereinbarten Zeitplans eine Arbeitsgruppe zur Steuerreform eingesetzt hat. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass sich die Steuerlast österreichischer Unternehmen im europäischen Durchschnitt befindet. Die Körperschaftssteuer ist mit 25 % nach wie vor international konkurrenzfähig; die Gruppenbesteuerung sowie die Forschungsprämie sind europäische Vorzeigemodelle, und wichtige Faktoren für die Standortpolitik.

Antwort zu den Punkten 5 und 7 der Anfrage:

Allgemein ist zu derartigen Rankings anzumerken, dass diese stets nur eine Momentaufnahme darstellen. Eine Vielzahl der Indikatoren des WEF-Rankings beruht überdies auf subjektiven Einschätzungen.

In den letzten beiden Jahren hat Österreich jeweils mit Rang 16 ein besseres Ergebnis erzielt als in den Jahren davor; somit hat sich das Ranking in den letzten Jahren nicht

"konstant verschlechtert". Im für Österreich besonders wichtigen Vergleich mit den anderen EU-Staaten konnte im Jahr 2014 erneut ein Platz unter den Top 10 erzielt werden.

Gleichzeitig konnte Österreich etwa im Standortranking des International Institute for Management Development in Lausanne im Jahr 2014 eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielen.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Im Mai 2014 wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vom Forschungsinstitut ECO Austria eine Studie zu Betriebsschließungen und Betriebsverlagerungen in Europa erstellt. Ziel dieser Studie ist die Erhebung und Auswertung von Restrukturierungsmaßnahmen in großen Unternehmen in Europa, wobei auf Betriebsschließungen, Insolvenzen und Betriebsverlagerungen abgestellt wird. Datengrundlage ist der European Restructuring Monitor (ERM) von Eurofound, der Informationen für die Länder der EU-27 sowie Norwegen seit dem Jahr 2002 bietet. Die Auswertungen zeigen, dass auf europäischer Ebene Schließungen und Insolvenzen bei großen Unternehmen eine größere Rolle spielen als Verlagerungen.

Dr. Reinhold Mitterlehner

	Unterzeichner	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
	Datum/Zeit-UTC	2014-11-21T12:16:41+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH, C=AT
	Serien-Nr.	1184203
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amt signiert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/ . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf https://www.bmwf.gv.at/amtssignatur oder http://www.help.gv.at/ veröffentlicht.
Signaturwert	h0EkaJ5cHjyc8PoQGwN4Qqztux6TRHE8rgcd5wC57yF0mXORitS2Si4mohFG+1fME6FisqYIH0fjUnrvtm4V38smphcbNbTQxVT2vJB2btor4ecrG9HavXlOrBjKKZwVL8QZ4oD0sLl+rRakTDTjuyCGUiH3K02R7M488i2Lgmn4/TQJqQHNAyolSVhHm2H04WGQS6vvVBPpbDR1ShbJU6Et75D9nkPw+wU7xQdgHypUmalafI9KskkEf+YHd0om7QKzsXE7OeSFtepiJXXGGiLbvbjBvirNogcxT06KjhTRNSkGNj0/+gN2jxRkwsyWrnPXHwY4PP4Ho/Jg==	